

Christine und Carsten Möller
Annastr. 89
14532 Stahnsdorf

15.10.2010

Ministerpräsident des Landes Brandenburg
Herrn Matthias Platzeck

Regierender Bürgermeister von Berlin
Herrn Klaus Wowereit

Neue Flugrouten des BBI – Offener Brief

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

mit Betroffenheit wenden wir uns in o. g. Angelegenheit an Sie als höchste politische Vertreter der Länder Brandenburg und Berlin und damit auch als Haupteigentümer des Flughafens BBI.

Wie Tausende weitere Familien sind auch wir erst in den letzten Jahren (2004) in die Region Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf gezogen. Wesentlicher Beweggrund war der Wunsch nach mehr Ruhe, Grün und einer damit verbunden subjektiv höheren Lebensqualität. Zu jedem Zeitpunkt haben wir uns im Vorfeld dieser Lebensentscheidung über drohende Lärm- und Kerosinbelastungen durch den geplanten Flughafen BBI sachkundig gemacht., sei es durch das Studium geplanter Flugrouten oder durch konkrete Hörbeispiele am Flughafen Schönefeld hinsichtlich der voraussichtlichen Lärmbelastung unserer Region. Unsere Entscheidung haben wir ganz bewusst von der Erkenntnis abhängig gemacht, dass es keine nennenswerte, unser Streben nach mehr Ruhe konterkarierende Belastung durch den Flughafen BBI geben wird. Mit großer Empörung müssen wir nun im Herbst 2010 zur Kenntnis nehmen, dass die neuen Flugrouten in einer Höhe von ca. 1.500 – 2.000 m und in einer erheblichen Frequenz (zweistellige Zahl an Abflügen je Stunde bei Westwindwetterlagen) auch über unseren Wohnort Stahnsdorf führen sollen. Natürlich wären wir nicht hierher gezogen, wenn uns dies damals bekannt gewesen wäre.

Unsere Betroffenheit speist sich vor allem aus der Erkenntnis, dass Vertreter und Behörden der Länder Brandenburg und Berlin sowie der BBI selbst bereits frühzeitig (seit 1998!) von der Notwendigkeit veränderter Flugrouten **bei unabhängigem Parallelbetrieb der beiden Startbahnen** wussten, dies aber nicht hinreichend kommuniziert bzw. im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses berücksichtigt haben. Es macht sich das Gefühl breit, hier getäuscht worden zu sein, damit das politische Großprojekt und vor allem der rein politisch gewählte Standort Schönefeld nicht gefährdet werden. Geradezu unerträglich aber ist die Tatsache, dass politische Vertreter (z. B. Staatssekretär Bretschneider) sich hinsichtlich der Planung und Festlegung von Flugrouten auf vermeintlich „wasserdichte“ Rechtsgrundlagen berufen (Planfeststellungsbeschluss), stereotyp auf autonome und durch die Landesregierungen kaum beeinflussbare Entscheidungsketten (Deutsche Flugsicherung, Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung, Rechtsverordnung etc.) verweisen und **dabei die eigene Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeit für das politische Setzen von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen außer Acht lassen.** Um es noch einmal klar zu sagen: Die Notwendigkeit veränderter Flugrouten ergibt sich erst aufgrund des von den Eigentümern des BBI also vor allem den Ländern Brandenburg und Berlin aus rein wirtschaftlichen Gründen geforderten unabhängigen Parallelbetriebs beider Startbahnen. Der darin zum Ausdruck kommende **Grundkonflikt zwischen Wirtschaftlichkeit eines Großflughafens und Schutz der Anrainer** ist bereits durch die politische Fehlentscheidung hinsichtlich des Standorts Schönefeld angelegt. Auch diese wurde vor allem durch die Länder Brandenburg und Berlin getroffen, obwohl eine Vielzahl von Standorten (vor allem Sperenberg) diesen immanenten Grundkonflikt eines Großflughafens sehr viel besser zum Ausgleich gebracht hätte.

Der politische Fehler hinsichtlich der Standortentscheidung lässt sich nun im Jahre 2010 nicht mehr korrigieren, wir appellieren als betroffene Bürger jedoch an Sie als politische Vertreter der Haupteigentümer des BBI nunmehr alles zu unternehmen, um in einer Abwägung zwischen Vertrauensschutz und dem Ziel, möglichst wenige Anrainer den Belastungen des BBI auszusetzen einerseits und dem Wirtschaftlichkeitsinteresse aus Sicht der Eigentümer andererseits nunmehr auch politisch klar zugunsten des Vertrauens- und Anrainerschutzes zu entscheiden. **Hinsichtlich der Region Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf heißt dies, dass wirtschaftliche Gründe (z. B. kürzere Flugrouten) hinter den Vertrauensschutz und Lärmschutz zurücktreten müssen. Als Vertreter der Eigentümer im Aufsichtsrat des BBI haben Sie hierzu die erforderliche politische Gestaltungsmacht.** Wir hoffen sehr, dass mit der derzeit geplanten Änderung der Flugrouten und der flankierenden Gesetzesänderung nicht auch noch eine weitere Aufweichung des Nachtflugverbots beabsichtigt ist. Politik sollte sich darüber im Klaren sein, dass die mangelnde Verlässlichkeit und Transparenz politischer Entscheidungen maßgeblich zu immer stärkerer Politikverdrossenheit bis weit in sogenannte bürgerliche Schichten hinein beiträgt und damit letztlich auch das

Fundament unseres demokratischen Gemeinwesens erodieren lässt. Vor allem aber sollte Politik endlich zur Kenntnis nehmen, dass sich die Wertvorstellungen breiter Bevölkerungsschichten schon lange verschoben haben. Rein wirtschaftliche Argumente stehen dabei in einer subjektiven Wahrnehmung von Lebensqualität immer seltener im Vordergrund. Geld kann man bekanntlich nicht essen!

Mit freundlichen Grüßen

Christine Möller

Carsten Möller